

Anstand und Menschenrechte auch bei Einbürgerungen

Die SVP-Initiative ist undemokratisch und ein Widerspruch in sich: die Gemeinden sollen autonom entscheiden können, tatsächlich verbietet die Initiative ihnen und den Kantonen aber eine faire Beschwerdeverfahren. Kantone und Gemeinden könnten trotz der besten Erfahrungen ihre in den letzten Jahren angepassten Einbürgerungsverfahren nicht weiterführen. Eine willkürliche, diskriminierende und rassistische Einbürgerungspraxis darf aber nicht wieder aufleben.

Es gilt – auch zur Unterstützung der neuen Justizministerin – Verantwortung für unsere politische Kultur, unsere rechtsstaatliche Demokratie und unseren vielfältigen Föderalismus wahrzunehmen und am 1. Juni im Interesse aller Minderheiten zahlreich ein NEIN in die Urne zu legen.

26. April 2008

GMS GESELLSCHAFT MINDERHEITEN
IN DER SCHWEIZ

Präsident Dr. Giuseppe Nay,
a. Bundesgerichtspräsident